

**Rede zum dreizehnten Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – Jahresbericht 2006 (10. Sitzung, Donnerstag, 26. April 2007**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Gutzeit! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist außerordentlich erfreut über die erfolgreiche Arbeit, soweit man das in diesem Zusammenhang sagen kann.

Wer den Bericht aufmerksam gelesen hat, weiß, wie viel dort gearbeitet wurde. Wenn man die Berichte, die Fallbeispiele liest, kann man nachfühlen, welche Schicksale dahinter stecken. Wenn man liest, dass jemand Schwierigkeiten hat, vor einem Gericht oder gegenüber einem Amt nachzuweisen, dass er überhaupt verfolgt wurde, dass er Gesundheitsschäden erlitten hat, dann ist er in der merkwürdigen Lage, dass ihm keiner glaubt. Er muss das mit Schriftstücken beweisen, die es vielleicht nicht gibt, und mit Zeugen, die möglicherweise nicht zu finden sind. Das ist das Dramatische an diesen Fällen. Aber das ist nur ein Teil Ihrer Tätigkeit, Herr Gutzeit.

Ein anderer Teil ist die Unterstützung der Aufarbeitungs-initiativen und der Verfolgtenverbände. Dort wird viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, da gibt es viel bürgerschaftliches Engagement und vor allen Dingen viel Sachkompetenz. Es ist gut, dass Sie sie über Ihren Haushalt fördern und dass das Abgeordnetenhaus das in all den vergangenen Jahren in seinem Haushaltsplan berücksichtigt hat.

Die Arbeit des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen – so verstehen wir das, und so ist es auch in dem Gesetz über seine Behörde angelegt – reicht aber weit über das hinaus, was sich auf die Staatssicherheit konzentriert. Uns ist wichtig, dass das ganze Feld der Aufarbeitung der SED-Diktatur berücksichtigt und durch diese Behörde eine Diskussion befördert wird, die an vielen Stellen noch zu kurz greift.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Denken Sie an aktuelle Debatten in unserer Gesellschaft, etwa daran, dass kürzlich versucht wurde, das Jahrbuch für historische Kommunismusforschung nicht erscheinen zu lassen, weil darin die These vertreten wird, dass die SED-Führung im Dezember 1989 ausgemacht hat, wer zum Sündenbock für alles erklärt werden kann, nämlich Herr Schalck-Golodkowski und die Staatssicherheit. Das hat einigen nicht gefallen. Man versucht, mit Rechtsmitteln zu verhindern, dass so etwas gedruckt werden darf. Das ist vielleicht ein Ausdruck von Kleingeist,

[Zuruf von Stefan Liebich (Linksfraktion)]

vielleicht auch von Ertappt-worden-Sein bei dem, was man geplant hatte. Eine andere aktuelle Angelegenheit ist die Ausstellung über Antisemitismus in der DDR. Warum ist es schwierig, solch eine Ausstellung im Rathaus Lichtenberg zu veranstalten?

[Zurufe von der Linksfraktion: Es ist doch nicht schwierig!]

Ist das der Kleingeist, der dort regiert, oder ist es die Unfähigkeit zu kritischer Reflektion? In jedem Fall ist es ein Indiz dafür, wie viel Debatte und wie viel Auseinandersetzung noch notwendig sind und wie viel das Land Berlin und insbesondere der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen dazu beitragen müssen.

[Beifall bei den Grünen und bei der CDU– Vereinzelter Beifall bei der FDP]

In der vergangenen Woche war ich auf einer Diskussionsveranstaltung. Dort ging es um den Stalinismus. Ein Repräsentant des Landes Berlin hat uns darüber aufgeklärt, dass es den „echten“ Stalinismus gegeben habe und dass es Unsinn sei, die späte DDR damit in Verbindung zu bringen. Sie haben das sicherlich der Presse entnehmen können. Solange es Tendenzen der Verharmlosung des Herrschaftssystems in den sozialistischen Staaten, das bis 1989 existierte, gibt, so lange brauchen wir Erforschung und insbesondere Bildungsarbeit auf diesem Gebiet.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP – Zuruf von Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion)]

Dafür brauchen wir Institutionen. Die des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen hier in Berlin ist eine davon. Deshalb werden wir dafür stimmen – ich freue mich, dass auch die anderen Fraktionen es so sehen –, die Tätigkeit dieser Behörde abermals zu verlängern. Ein letztes – praktisches – Beispiel: Heute ist Tschernobyl-Gedenktag. Alle, die das Unglück 1986 erlebt haben, können sich erinnern, dass die Regierungen in Moskau und Ostberlin versucht haben, es zu verschweigen. Selbst als in allen westlichen Zeitungen darüber berichtet wurde, haben sie behauptet, in Ostberlin seien weder die Pilze vergiftet noch müsse man vorsichtig sein, Milch zu trinken. Das sind Sachen, die in Vergessenheit geraten. Es ist unsere Aufgabe und es ist Aufgabe des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, es ist Aufgabe der Universitäten und der Bildungseinrichtungen in Berlin, solche Erinnerungen wachzuhalten und zu vermitteln, damit keine falschen Bilder entstehen. – Danke sehr!

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]